

# VORAN

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr.1. Dezember 1973

Preis 50 Pf.

## Gewinn- und Preisexplosion !

DIE AKTIENBESITZER SIND 1973 GUT DARAN. Mit einer Durchschnittsverteuerungsrate zwischen 6%-7% bleiben die Lohn- und Gehaltserhöhungen der letzten Tarifrunde gleich null. Nach Angaben der DRESDNER BANK jedoch erleben jetzt die Reichen gute Zeiten. Mit nur 1.000 Aktien der Firma Mannesmann (Kaufpreis rund DM 160.000) schlägt der Kapitalist DM 21.000 Gewinn. Tausend Aktien von Daimler-Benz bringen (Kaufpreis DM 310.000) DM 25.000 Profit ; und wenn der glückliche Herr sein Geld bei Hochtief anlegte (hier kosten die 1.000 Aktien DM 312.000) erhält er sogar DM 46.000 Privatprofit ! Und das alle ohne einen Finger rühren zu müssen ! Zum Vergleich: der westdeutsche Arbeitnehmer verdient im Schnitt im Jahr ganze DM 16.500 !

SCHON IM SOMMER wehrten sich viele Arbeiter gegen die steigenden Preise. In über 100 Betrieben wurde meistens mit Erfolg um eine Verteuerungszulage gestreikt. Unternehmer rufen zum Lohnstopp auf. Aber anstatt eine massive Kampagne gegen die preistreibenden Firmen auszulösen, konnte Minister Helmut Schmidt nur zum 'Maßhalten' ausrufen. Die Verteidigungstreiks werden andauern, und alle aktiven Gewerkschaftler und SPD-Mitglieder in den Betrieben werden erwarten, daß auf ihrer Seite die Gewerkschaftsführung, der SPD-Ortsverein, der SPD-Bezirksvorstand und das Parteipräsidium stehen.

### DAS VERSTECKSPIEL MIT DEM Betr.V.G.

Wenn im Sommer die meisten Streiks ohne offizielle gewerkschaftliche Unterstützung abliefen, so ist dies darauf zurückzuführen, daß manche Funktionäre den Kontakt mit den Mitgliedern im Betrieb völlig verloren haben oder sich durch das Betr.VG einschüchtern lassen. Es ist die Erfahrung von Arbeitern in ganz Westeuropa und Nordamerika, daß solche Gesetze bedeutungslos werden, wenn sich die großen offizielle Gewerkschaftsorganisationen diszipliniert und vereint dagegen verhalten.

### INHALT

- S.3 Streikwelle.....ht
- S.4 Wer wir sind, was wir wollen, Kollektiv VORAN!
- S.6 Chile - offener Brief an Allende-Anhänger.....rs
- S.10 Jusos - wohin ? .....hg

EINE KAMPAGNE FÜR EIN NEUES Betr.V.GESETZ.

Die Gewerkschaftsführung, die Vertrauensleute und der Betriebsrat werden alle gewählt, um unsere Interessen konsequent zu vertreten. Wenn sie behaupten, ihre Hände seien durch das Gesetz gebunden, so sollen sie eine DGB- und SPD-weite Kampagne für dessen Abänderung führen. Die Notwendigkeit ist da, die Mittel sind da - nur die Führung von oben fehlt.

"PREISSTOPP GEGEN INFLATION" ?

Manche Gewerkschafter und Sozialdemokraten treten jetzt für einen sogenannten 'Preisstopp' ein (wie z.B. die SPD Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen); diese Idee soll der Unternehmerforderung für einen 'Lohnstopp' entgegenlaufen. Aber genausowenig wie eine 'Vermögenssteuer' läßt sich diese Idee verwirklichen. Preisstopp oder Vermögenssteuer würden sofort zu einer Krise führen, da die Triebkraft des Kapitalismus eben der höchstmögliche Gewinn ist. Restriktive Maßnahmen würden lediglich zur Kapitalflucht ins Ausland oder wirtschaftliche Sabotage seitens der Unternehmer führen. Und wie in Chile, die Mächtigen zu ärgern ohne ihre Macht zu brechen, kann zu verhängnisvollen Konsequenzen führen.

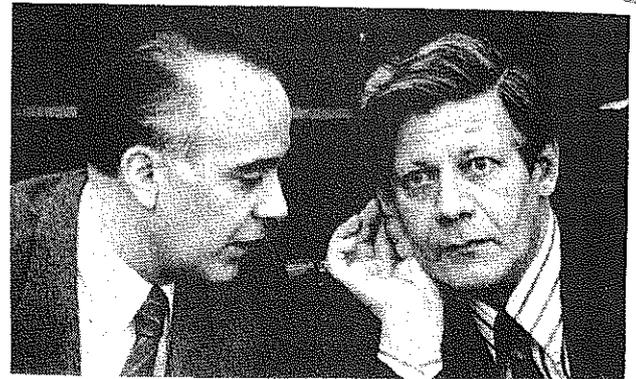
STABILITÄT FÜR WEN ?

Ein echtes Stabilitätsprogramm wäre in unseren Interessen. Es darf aber keineswegs das Einfrieren der bestehenden Einkommensverteilung bedeuten! Jeder Preissteigerung muß mit automatischer Lohnerhöhung begegnet werden! Die wichtigsten Preise - Lebensmittel, Mieten usw. - können durch die mächtigen Gewerkschaften bewacht werden. Die DGB-Ortskartelle müssen durch Teilnahme der Hausfrauen und Mieter erweitert werden, damit sie alle notwendige Information über Preissteigerungen bekommen. Diese erweiterten Kartelle wären dann in der Lage, die Preise genau zu überwachen und Preissteigerungen zu verbieten. Dafür müssen ihre Beschlüsse Gesetzeskraft erlangen. Ein wesentlicher Bestandteil ihrer Arbeit wäre, die Herstellungs- und Verteilerkosten (wo die größten Gewinne gemacht werden) strikt zu steuern. Alle reden über Preise; die Arbeitnehmer könnten sie machen! Öffnung der Geschäftsbücher!

DER INFLATION EIN ENDE MACHEN ! -

VERSTAATLICHUNG DER 100 GROßKONZERNE!

Aber um die Preise wirklich und vor allem dauerhaft zu stabilisieren, müssen die hundert großen Konzerne, die mehr als die Hälfte des Umsatzes der gesamten westdeutschen Industrie haben, in Gemeineigentum überführt werden. Die Kapitaleigner in der BRD bilden nur eine verschwindend kleine Minderheit der Bevölkerung. Rund drei Viertel Millionen Personen besitzen über 70% des Betriebs- und Kapitalvermögens aus einer Bevölkerungszahl von annähernd 60 Millionen! Auf der anderen Seite zählen die Arbeiter und Angestellten (ohne Hausfrauen und Kinder) volle 28 Millionen. Auf welcher Seite steht jetzt die Regierung ?



SCHMIDT SOLL AUF DIE ARBEITER HÖREN - NICHT AUF DIE F D P

"KLASSEGENGENSÄTZE ABBAUEN"- DOCH NUR DURCH SOZIALISMUS !

Willi Brandt meinte Mitte September: "Wir haben eine auch durch Klassengrenzen geprägte Gesellschaft ... wir treiben schon lange Sozial- und Gesellschaftspolitik, um Klassegegensätze und -unterschiede abzubauen." (Frankfurter Rundschau 19.9.73.) Er meinte aber auch, daß die SPD über diesen Klasseninteressen stehen könnte und "im Interessen des Gemeinwesens" handeln. Wir sind der Meinung, daß in einem Staat, wo 80% der Volkswirtschaft in privaten Händen ruhen, dort werden die Kapitaleigner den entscheidenden Einfluß auf die Politik ausüben. Es sei denn, die SPD ist bereit, eine Kampagne zu organisieren mit dem Ziel, die Millionen organisierter und unorganisierter Arbeiter und Angestellten für das Programm des Sozialismus zu gewinnen;

forts. S.12.

# Streikwelle

SPD UND GEWERKSCHAFT ZUR TAT AUSGERUFEN ; DÜSTERE AUSSICHTEN FÜR 1974; KURZARBEIT.

Seit Frühjahr läuft eine Streikwelle in der BRD, die die größte ist seit 20 Jahren. Diese Protestwelle wurde in erster Linie durch steigende Preise, Mieten, Licht, Wasser, Heizöl usw.

Im Raume Stuttgart wurden Streiks gegen Arbeitshetze organisiert und erfolgreich beendet. Es gelang den Arbeitern mehr Pausen, Verringerung der Bandgeschwindigkeit, Absicherung von Akkordverdiensten, Kündigungsschutz für die älteren Arbeitnehmer durchzusetzen. Dieser offizielle Streik bildet die Ausnahme; meistens mußten die Arbeiter ohne gewerkschaftliche Unterstützung kämpfen.

Dieses wirft die Frage auf; wie stehen unsere Organisationen, die wir in langen Arbeitskämpfen aufgebaut haben, und wie stehen unsere gewählten Vertreter zu unseren Forderungen? Und wie organisieren sie unsere Kämpfe?

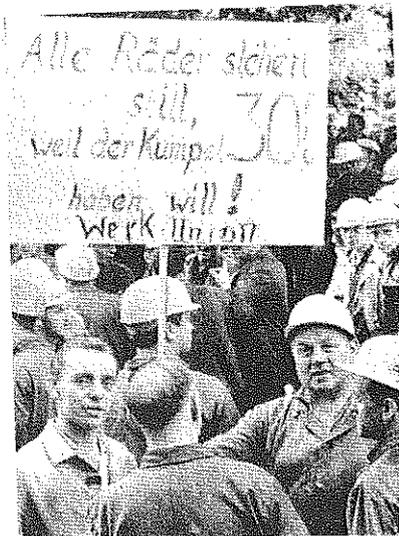
DÜSTERE PROGNOSEN: ENTLASSUNGEN UND

KURZARBEIT

"Gefahren für Wachstum und Vollbeschäftigung im zweiten Halbjahr 1974.." drohte Wirtschaftssekretär Otto Schlecht vor der konzertierter Aktion für den Fall an, daß die Tarifpartner trotz der heraufziehenden Konjunkturkühe Lohnzuschläge vereinbarten." (SPIEGEL Nr 40.)

Alle Experten erwarten fest, daß wir im Winter auf 500,000 Arbeitslose kommen können. Die Frankfurter Rundschau schrieb am 13.7.73 "Die Gefährdung von 15,000 Arbeitsplätze in der Textilienindustrie senkt die Waagschale".

Massenentlassungen bei HANOMAG sind schon angekündigt; Bergbau im Ruhrgebiet wird mit neuen Zechenschließungen betroffen; Kurzarbeit in vielen anderen Fabriken ist schon angekündigt oder schon eingeführt. Die Aufwertungen der D-Mark hat auch sämtliche westdeutsche Exportgüter verteuert. Im Moment steigt der Welthandel um 22% im 1973. Wie sieht es aus bei uns, wenn der nächste Rückgang kommt?



Die Inflation hält immer noch an; Lohnforderungen müssen jetzt mindestens 8% betragen, wenn wir keinen Verlust an Realeinkommen hinnehmen wollen. Manche Stimmen werden bei IG Metall u.a für eine 15 - 20%ige Forderung für das kommende Jahr laut.

Wir müssen uns auch Gedanken machen über die notwendige Strategie der Arbeiterklasse gegen die neue Drohung von Arbeitslosigkeit. Mit diesem Gespenst gehen wir in das Jahr 1974 ein. Wenn die Äusserungen von Otto Schlecht eintreten sollten, wird uns das zwingen, unseren Lebensstandard stärker als bisher zu verteidigen.

In den Fabriken, Haushalten und Kneipen diskutieren die Betroffenen immer mehr über politische Maßnahmen, die die Regierung in ihren Interessen durchsetzen soll. Einige wollen einen 'Preisstopp' und eine höhere Besteuerung der Großunternehmer.

Über Entlassungen müssen die Arbeiter selbst das letzte Wort behalten. "Einen sicheren Arbeitsplatz oder den vollen Lohn!" muß die Parole sein.

DIE KAPITALISTEN MÜSSEN ABDANKEN

Wenn die Kapitalisten unseren Lebensstandard nicht mehr garantieren können, wirft dies für uns die Frage nach einer neuen Wirtschaftsordnung auf, eine neue

KURZARBEIT forts.

Wirtschaftsordnung ohne Inflation, Kurzarbeit, Entlassungen, Rückgänge oder Krisen; wir meinen, daß nur ein mutiges Voranschreiten gegen das Großkapital unseren Lebensstandard sichern können.

Wir brauchen ein sozialistisches Wirtschaftssystem mit einer demokratischer Verwaltung, damit die Entartungen des DDR-Systems ausgeschaltet werden. Wir brauchen einen Sozialismus, wo keine Menschen im Namen des Sozialismus verfolgt werden - wie in den sogenannten 'sozialistischen' (in Wirklichkeit 'stalinistischen') Ländern. Wir wollen endlich eine Gesellschaft, wo der Mensch vor der Ungewißheit des nächsten Morgens sich nicht zu fürchten hat.

- o Einen Arbeitsplatz oder den vollen Lohn!
  - o SPD und Gewerkschaft müssen endlich durchgreifen !
  - o Verstaatlichung der preistreibenden Konzerne !
- ht
- o VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE ! ■



\*\*\*\*\*

# **voran! WER WIR SIND, WAS WIR WOLLEN .**

K O L L E K T I V V O R A N ! Z U R S O Z I A L I S T I S C H E N D E M O K R A T I E .

Die Redaktion, Mitarbeiter und Korrespondenten von VORAN! sind alle aktiven SPD-Mitglieder - meistens im Juso-Alter - sowie Mitglieder ihrer Gewerkschaft.

Wir bieten im VORAN! eine Überregionale, marxistische Zeitung an, die Berichte aus den Betrieben, aus der Partei und aus dem Leben der Arbeiterklasse im In- und Ausland bringt.

Wir unterstützen alle der Arbeiterklasse nützenden Reformen; da aber das Durchführen des SPD-Reformprogramms von dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Lauf der Wirtschaftsordnung abhängig gemacht worden ist, warnen wir davor, daß die 'kleinen Schritte' auch mal nach hinten getan werden können, wenn die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften ihren Willen und Klasseninteressen in der Partei nicht durchsetzen.

Im Jahre 1974 - oder spätestens 1975 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht.

VORAN! vertritt konsequent die Ansicht, daß auch ein bescheidenes Reformprogramm unter solchen Umständen nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebeln der wirtschaftlichen Macht - das heißt, die Schlüsselindustrien und das Bankwesen - in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden.

Diese einzige Möglichkeit, die Volkswirtschaft zu planen, erlaubt zum ersten Male die Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen, im Gesundheitswesen, in dem Bildungssystem, die Beseitigung der

Arbeitshetze im Betrieb, der verschwenderischen Ausgaben der Werbungsindustrie und vieles mehr.

Die Errichtung einer echten sozialistischen Demokratie in der BRD würde eine starke Anziehungskraft auf die Arbeiter in ganz Osteuropa ausüben und eine politische Revolution zur Beseitigung der SED-Bürokratie in der DDR beschleunigen.

Damit wäre die Perspektive für die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas geöffnet, als Alternative zur EWG und COMECON.

VORAN! ist schon von Anfang an in der Lage, Berichte aus erster Hand von Genossen in England, Frankreich, Skandinavien, Spanien, Irland (unter anderen) zu bringen. Dieses kann kaum eine andere Zeitschrift der Linke bieten.

Wir sind Arbeiter, Studenten, Marxisten und damit Internationalisten.

Wir hoffen, daß die Zeitung Euerer Unterstützung finden wird.

\* \* \* \* \*

In der ersten Zeit erscheint VORAN! alle 2 Monate zu einem Verkaufspreis von 50 Pf. für Einzelexemplare.

Sammelbestellungen von SPD-Ortsvereine, Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften, Gewerkschaftsjugendgruppen usw erhalten die Ermäßigung von 15 Pf. (bei mehr als 5 Exemplaren).

Im Moment verfügen wir über sehr begrenzte Mittel und würden kleine Spenden von unseren Lesern sehr begrüßen.

Schickt uns auch bitte Briefe, Berichte, Kritik usw.

Es wird eventuell möglich sein, daß ein Genosse von der Redaktion von VORAN! vor Euerer Ortsverein, Juso-AG, Betriebsgruppe oder Gewerkschaftsortsgruppe referieren könnte.

Leserzirkel werden Euch in Zukunft die Möglichkeit geben, unsere Ideen näher zu diskutieren. Einzelheiten werden in der Zeitung rechtzeitig bekanntgegeben.

Es erscheint demnächst ein längeres Dokument über die theoretische Position unserer Tendenz, das in Kooperation mit den Genossen der SOAK Tendenz erscheint.

-kv

## "Räte-Republik!"

"Das Sein bestimmt das Bewußtsein." So Karl Marx. WIRTSCHAFTSWOCHE, eine Zeitschrift, die kaum von Arbeitern gelesen wird, schreibt über die Anhäufung von Aufsichtsratsposten von Politikern. Mit einem Umschlagbild von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Heinz Kühn bei einem Festessen: (Denkblase: "Man lebt doch gut in dieser Räterepublik") (16.11.73.) schreißt das Blatt zynisch über das Einkommen prominenter SPD-Politiker.

Kühn erhält als NW Regierungschef DM 145,000; darüber hinaus DM 29,520 im Jahr als Aufsichtsrat des Westdeutschen Rundfunks (plus DM 7,200 vom Westdeutschen Werbefernsehen). Das Edelstahlwerk in Witten bezahlt ihn DM 8,333 ("Noch heute" schreibt das Blatt, "kommt Kühn alle halbe Jahre zu dem viermal jährlich konferierenden Aufsichtsrat"). Letztlich bekommt Kühn als Landtagsabgeordneter DM 24,000.

Insgesamt also bekommt Kühn (rund) DM 214,053 im Jahre. Nicht schlecht.

Er steht natürlich nicht alleine. Die 6 Regierungschefs der SPD-regierten Länder (Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) haben gegenwärtig 24 solche Aufsichtsratsposten inne!

Auch ohne solche "Nebenbeschäftigung" erhalten die Politiker sowieso hübsche Summen:

Das Nettoeinkommen im Jahr  
des Bundeskanzlers.....DM 215,945  
eines Ministers.....DM 183,593  
eines Bundestagsabgeord...DM 89,847  
Diese Gehälter sind NETTO !

Zum Vergleich: Nettoeinkommen des Durchschnittsarbeiters DM 9,564

Unsere Vertreter sollen nicht mehr als ein normaler Facharbeiter verdienen! Den Rest der Parteikasse geben!

\* \* \* \* \*  
VORAN, Herausgeber: Redaktionskollektiv  
VORAN!

Verantw.: H. Thielmann  
Überweisungen:  
Bank für Gemeinwirtschaft, Darmstadt,  
Kontonummer: 2080879001.

\* \* \* \* \*

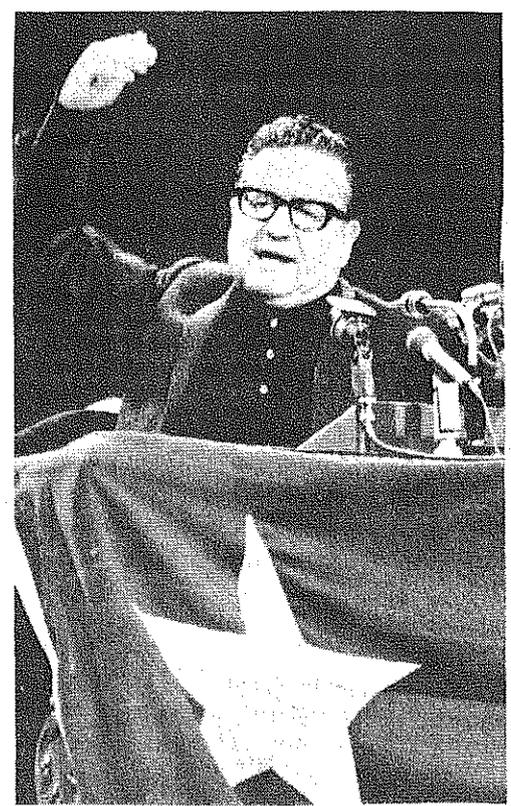
# Chile:

"Überall um uns herum starben Menschen; Lastwagen überfuhren Arbeiter, die mit Stacheldraht aneinandergefesselt waren. Andere führte man weg, um sie aufzuhängen. Frauen wurden von den Wachen vor den Mitgefangenen vergewaltigt...." berichtet ein Augenzeuge wenige Tage nach dem Putsch.

drückten gegen die kapitalistische "Ordnung" durchgeführt werden konnte.

In tiefer Empörung über die Zerschlagung von Salvador Allendes Volksunionregierung durch Militärgewalt hat die chilenische Arbeiterklasse heldenhaft gegen eine Übermacht zurückgekämpft. Sie traten Maschinengewehren, Panzern und Flugzeugen der Generäle entgegen als Ausdruck der Wut einer um ihren Sieg betrogenen Klasse.

Tausende von Arbeitern starben bei der Verteidigung ihrer besetzten Fabriken, oder warteten herausfordernd auf militärische Hinrichtungskommandos. Sie sind fest entschlossen zu garantieren, daß die Gorillas der neuen Junta mit ihren Versprechen "das marxistische Krebsgeschwür von Chile total zu entfernen, wenigstens den heftigsten Widerstand spüren, wenn sie die Fortschritte und Gewinne der letzten drei Jahre zerstören.



## JEDER ARBEITER MUß CHILE STUDIERN

Als Allende im September 1970 zum chilenischen Präsidenten gewählt wurde, hielt die Welt den Atem an. Würde es gelingen, innerhalb der bestehenden Verfassung das Wahlprogramm durchzusetzen und "die Arbeiter, Bauern, Angestellten und Intellektuellen" (so Allende bei einer Moskau-visite) zu den "Herren Chiles" zu machen? Die Rede vom chilenischen "Experiment" wurde in linken Kreisen zur Mode. Alle Teile der "Volksfront" in der BRD - Jusos, SHB, DKP, SDAJ, "links", DVZ usw. - reagierten auf Allendes Programm mit unqualifiziertem Beifall. Sie sahen darin die lebendige und offensichtliche Widerlegung jener "Miesmacher" und "Ultralinken", die behaupteten, daß keine grundsätzliche Veränderungen in dem Gesellschaftssystem ohne die Mobilisierung der Unte-

ragischerweise ist das Experiment gescheitert. Die politisch bewußten Arbeiter in der ganzen Welt suchen nach einer Erklärung. Sozialisten haben die Verantwortung, nüchtern und ehrlich auf die vergangenen drei Jahre zurückzublicken. Wenn man die Lehren dieser Vorgänge rechtzeitig lernt, werden die chilenischen Arbeiter nicht umsonst gelitten haben.

## FEHLERHAFTES PROGRAMM

Die "kommunistischen" Parteien in der ganzen Welt tragen nach Auffassung von Millionen kämpferischer Arbeiter Tradition, Vollmacht, Erbe, Glaubwürdigkeit und Autorität der russischen Revolution. Sie - als die größten Verfechter des Volksfrontprogramms müssen in erster Linie ihre Argumente überprüfen. Von den westeuropäischen KPs wurde der dritte Jahrestag der Wahl Allendes gefeiert mit den Worten:

# Offener Brief an Allende-Anhänger

"Als die Volksfrontregierung im September 1970 ihr Amt antrat, gaben ihr viele Leute nicht einmal drei Monate Zeit, ...geschweige denn 3 Jahre." (So der britische KP Tageszeitung 'Morning Star') Dies war am 5. September 1973. Die Regierung Allende bestand noch genau eine Woche länger.

Warum wurde sie gestürzt? Laut UZ der DKP wegen der Verschwörung von Imperialismus und CIA.

Zweifellos wirkte der CIA am Putsch mit wenn auch nur als Hilfstruppe der heimischen Reaktion. Aber da könnte man gleich sagen:

'Die Revolution wäre schön weiter gelaufen, wenn es nur keine herrschende Klasse gäbe' ! Wenn die Kapitalisten nicht darauf versessen wären, ihre Macht zu behalten, wäre die sozialistische Revolution nicht nur leichter, sie wäre überflüssig !

Als die russischen Arbeiter im Oktober 1917 die Macht übernahmen, strömten 21 imperialistischen Armeen nach Rußland, um sie zu vernichten. Aber die internationalistische Propaganda der Bolschewisten hatte eine elektrische Wirkung auf die eindringenden Truppen, und die Weltrevolution wurde ungeheuer gestärkt. Sicherlich liegt die Schuld der Niederlage nicht bei den Arbeitern in Chile. Sie erwiderten die Herausforderung - mit Fabrikbesetzungen, Kundgebungen und Demonstrationen und dem entschlossenen Kampf für ihre Ziele zeigten sie ihre Loyalität.

## VERHÄNGNISVOLLE

## ZUGESTÄNDNISSE

Betrachtet man den Sozialismus nicht nur als ein "Seelenerlebnis", so gibt es nur einen Schluß: die Fehler lagen im Programm und in der Führung der "Volksfront". Das fehlerhafte Programm machte die chilenische Arbeiter zu Lämmern, die ihrem Schlächter ausgeliefert wurden.

Die Volksfront der Unidad Popular war eine Allianz aus Arbeiterparteien - Sozialistische Partei, Kommunistische Partei - und Radikalen (eine bürgerliche Partei). Allendes Wahl gelang auf der Basis eines schwerwiegenden Zugeständnisses: er versprach den Christdemokraten "Pressefreiheit" und ermöglichte damit den Pressezeitschriften tagtäglich eine Unmenge von Lügen, Gerüchten, Verdrehungen und Unterstellungen zu verbreiten. Weiter sicherte er zu, daß er sich strikt gegen "verfassungsfeindliche private Milizen" wenden würde.

So blieb der ganze Staatsapparat in den Händen der herrschenden Klasse: Kongreß, Justiz, Armee Polizei und Staatsbürokratie.

## BÜRGERLICHE ODER SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE

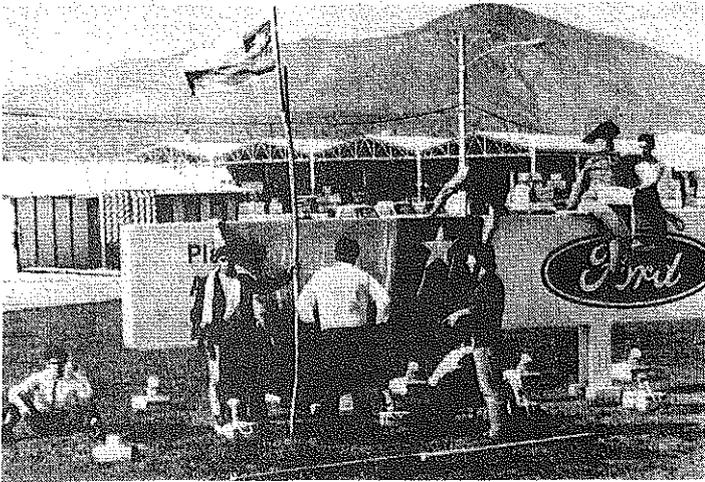
Allendes kurzfristiges Ziel war die "Stärkung der Demokratie". Aus der Geschichte kennen wir nur zwei Arten von Demokratie. Die kapitalistische Demokratie als Paradies für die Reichen und Verhängnis für die Armen, parlamentarische Korruption usw. Oder die Arbeiterdemokratie mit Arbeiterräten, Wahl der Beamten mit Widerrufbarkeit aller Funktionen, durchschnittlichen Gehältern für alle Beamten, einem rollierenden System bei der Besetzung der Verwaltungsposten usw. Eine Zwischenstufe kann es nicht geben.

Allendes langfristiges Ziel war ein System, in dem die Arbeiterklasse und das Volk die Macht wirklich ausübte. Konnte er dieses Ziel im Rahmen der Verfassung verwirklichen? Als Antwort auf diese Frage schrieb Luis Corvalan, chilenischer KP-Sekretär vor dem Putsch, im November 1972 - "(Jetzt...können Veränderungen nicht mehr unter dem klassischen Muster von Revolutionen erreicht werden, sie können nur im Rahmen des Rechts durchgeführt werden."

## WIDERSTAND DER HERRSCHENDEN KLASSE .

Zweifellos führte die Volksfrontregierung große Reformen ein (die jetzt ohne Ausnahme von der Junta wieder rückgängig gemacht worden sind).

## DIE LEHREN AUS CHILE.....



Betriebsbesetzung bei Ford Chile.

Lohnerhöhungen, Landreformen und soziale Maßnahmen sicherte der Regierung eine breite Basis. Bei Kommunalwahlen 1971 stimmte die Hälfte der Wähler für UP-Kandidaten (vgl. 1970 36%) Sogar im März 1973, als die Inflationsrate bei 300% lag, gewann die UP 44% bei den Kongreßwahlen. Die Maßnahmen zur Verstaatlichung von Bergbau, Banken und Teilen der Industrie (vor allem die 3 riesigen Kupfergesellschaften) waren große Fortschritte für die chilenische Arbeiterklasse.

Luis Corvalan schrieb im Dezember 1970 "Diese Atmosphäre der Billigung und der Solidarität, dazu die Gesetzmäßigkeit unseres Wahlsieges und die Stärke des Weltsozialismus machen uns klar, warum die US Imperialisten und die lateinamerikanische Reaktion gezwungen sind, die chilenischen Vorgänge hinzunehmen."

Wir meinen, daß die Kapitslistenklasse in der Vergangenheit sich nie gescheut haben, notfalls sowohl den Willen des Volkes als auch die Rechtmäßigkeit beiseite zu stoßen. In Chile machten sie keine Ausnahme. Nur der Druck der Stärke der Massen - mobilisiert gegen sie - hätte den Putsch verhindern können.

### BLINDHEIT UND ILLUSIONEN DER FÜHRER

Im Dezember 1970 vertrat Corvalan die Meinung, daß die UP die Spitze der Armee für ihre Politik gewinnen müsse und sie nicht 'auf die andere Seite der Barrikaden' drängen dürfe... Die UP Regierung erhöhte bei ihrem Amtsantritt die Offiziersgehälter in der Hoffnung, daß durch ihre Gunst kaufen zu können.

Marx und Engels betonten immer wieder, daß - um einen sozialistischen Staat zu errichten- die Privilegien des Beamtentums abgeschafft werden müßten.

Der "christdemokratische" Ex-Präsident Frei rief die Welt auf, Chile wirtschaftlich zu boykottieren. Aber Allende verhandelte weiterhin mit seiner Partei - die DC - im Kongreß. Er ließ sich also mit der Partei ein, die zusammen mit den Ultrarechten ihn selbst des "Verfassungsbruchs" beschuldigte und die Armee auf ihre "verfassungsschützende Aufgabe" drohend hinwies.

Ein Putschversuch am 29. Juni 1973 mißlang wegen Unausgegorenheit und mangelnder Kommunikation. Den Arbeiterorganisationen wurde eine klare Warnung und kostbare Zeit gegeben, um sich auf den jetzt unausweichlichen nächsten Putschversuch der Konterrevolutionären vorzubereiten mit dem Aufbau von Arbeitermilizen und dem Einrichten von Soldaten-Matrosen- und Fliegerräten. Es war klar, daß die Rechten sowieso schon 'provokiert' worden waren. Die "Führer" der UP hatten aber die Konsequenzen nicht aus dem gescheiterten Putschversuch gezogen.

Corvalan sagte in einer Rede im August 1973: "Wir befürworten weiterhin den absolut berufsmäßigen offiziellen Charakter der Armee. Ihre Feinde sind nicht die Massen des Volkes, sondern das reaktionäre Lager."



Junta-Chef Pinochet (vorn)

Das Gesicht der Konterrevolution

## CHILE - WARNUNG FÜR EUROPA !

Warum heben wir die Fehler und Versäumnisse der chilenischen Arbeiterführer hervor ?

Weil genau das gleiche Schicksal die Arbeiter in anderen Ländern erwartet, falls die Lehren aus Chile nicht ernstgenommen werden.

In Frankreich wurde das Bündnis aus Sozialisten, Kommunisten und linken Splittergruppen durch die letzten Parlamentswahlen und Kommunalwahlen gestärkt. Diese Allianz schickte sich an, noch in den 70er Jahren, die Regierung zu übernehmen. Sozialistenführer Mitterand betonte im April 1972 nach seiner Rückkehr aus Chile gegenüber dem SHB Organ "frontal":

"Zwei militärische Staatsstrieche in anderthalb Jahrhunderten (in Chile).. ich muß sagen, daß ist eine Kleinigkeit im Verhältnis zu dem, was in den Nachbarländern geschieht. Das Heer respektiert die Institutionen und greift nicht in das politische Leben ein...es ist der jeweiligen amtierenden Regierung verpflichtet. Die (französische) sozialistische Partei, die für das Bündnis der Linken kämpft, wird in dieser Hinsicht zweifellos von dem chilenischen Beispiel angefeuert" (Hervorhebung von uns).

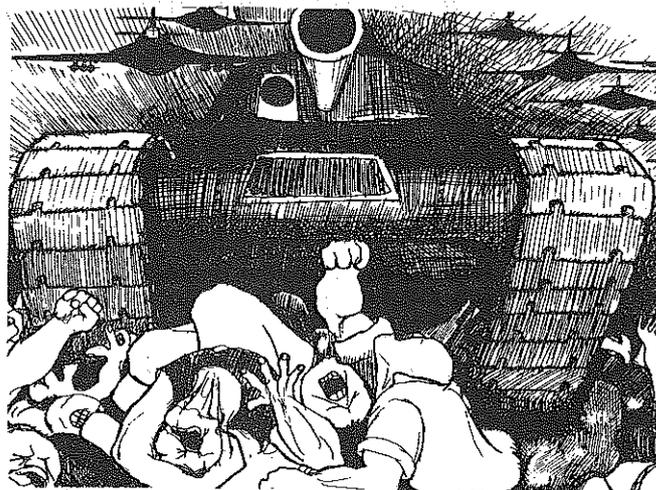
Der SHB stand dem chilenischen Experiment völlig unkritisch gegenüber. Er schrieb Anfang 1973 in "frontal":

"Aber alle Machenschaften gg. Chile sind gescheitert und werden auch weiterhin scheitern. Die Entschlossenheit des chilenischen Volkes, seine Einheit, sein Bewußtsein und sein Kampf werden dazu beitragen, diese Machenschaften zu überwinden...." und so weiter, und so fort.

Von diesem blinden Jubeln hören wir jetzt von den Genossen des SHB, der DKP usw ein hysterisches Geschrei gegen die Junta; nur niemals, niemals...eine Analyse.

### SANTIAGO UND BONN

Ist das alles ohne Bedeutung für die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik? Könnten uns hier nicht ähnliche Entwicklungen drohen?



Die Jusos ( "SPD der 80er Jahre") stellten sich zumeist vorbehaltlos hinter die UP- Regierung. Dabei wurde immer wieder die lange Tradition des chilenischen Parlamentarismus" hervorgehoben, nach "europäischen Maßstäben und erst recht im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern besonders fortschrittlich" - so der Juso-Rheinruhrspiegel Anfang 1972.

Es ist nun an der Zeit, daß die Jusos Konsequenzen ziehen. Karsten Voigt stellte bei einer Demonstration gegen den Putsch fest: " ..... daß wir jetzt verstärkt fragen und prüfen müssen, von welchen Gedanken die Bundeswehr und der Bundesgrenzschutz bestimmt werden." Demonstrierende Münchener Jusos kündigten an, die Folgerungen aus dem Putsch zu ziehen. Die liberale FR deutete in einem Kommentar an: " ... zweifellos gibt es auch im bundesdeutschen Offizierkorps Leute, die es gern viel weiter rechts hätten. Aber damit erschöpfen sich die Parallelen ja wohl.... (!!!) !!!!!!! Bereits gehandelt (auf seine Weise) hat der baden-württembergische IM Schieß. Sein Ministerium hat die Polizei angewiesen, bei Streiks zu ermitteln, um "eine Gefahr für die öffentliche Ordnung auszuschließen."

Es wäre selbstmörderisch, sich auf "freiheitlich-demokratische Grundsätze unserer Verfassung" zu verlassen, oder der Versicherung des Verteidigungsministers, die BW erfülle einen "Verteidigungsauftrag, der sich auf das GG gründet" Vertrauen zu schenken. In Chile hatte man das irrtümlicherweise angenommen.

forts. S.12

# jusos - wohin?

DIE ZEITEN, in denen die Jungsozialisten ein "lammfrommes Anhängsel der SPD" waren, gehören der Vergangenheit an. Mit dieser Feststellung beginnt eine Broschüre der Jusos aus dem vergangenen Bundestagswahlkampf. In der Tat offenbarte sich innerhalb der Jungsozialisten in der SPD Ende der 60er Jahre ein Trend nach links, der sich in den Beschlüssen des Münchener Bundeskongresses und der Wahl Karsten Voigts zum Juso-Vorsitzenden niederschlug. Eine erschrockene bürgerliche Öffentlichkeit registrierte, daß sich die Jusos, hervorgegangen aus der Protestbewegung der Neuen Linken, zum stärksten und offensivsten Teil des linken SPD-Flügels entwickelt hatten. Die Rechtspresse der BRD machte die Jusos zu einem Bürgerschreck, der in der "marxistischen Mottenkiste" des 19. Jahrhunderts herumkrame.



Läuse im Pelz

Frankfurter Neue Presse, 17. 3. 71

**"NEUES BLATT DER GESCHICHTE":  
ABGEMILDERTER KAPITALISMUS.**

DIESE NEUE LINIE der Jusos fiel zeitlich zusammen mit dem Übergang zu den 70er Jahren, als sich die sozialdemokratisch geführte "Bundesregierung der inneren Reformen" daran machte, ein "neues Blatt unserer Geschichte aufzuschlagen und "das moderne Deutschland" mit "mehr Demokratie" zu schaffen.

Eine Reihe positiver Reformen wurde auf dem Sozialektor eingeführt; Babyjahr, Vorsorgeuntersuchungen, Öffnung der sozialen Krankenversicherung, verbessertes Rentenrecht, Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung, verbesserter Mieterschutz, um einige Beispiele zu nennen. Der Regierungsantritt stärkte in vielen Arbeitern und Jugendlichen die Hoffnung auf eine neue Epoche. Die folgenden Jahre machten jedoch immer mehr deutlich, daß sich durch diese (sicherlich zu begrüßenden) Reformen kaum etwas geändert hätte. Der Kapitalismus blieb bei leichter Milderung erhalten. Die SPD beugte sich sogar dem Druck der CDU als sie Anfang 1972 mit dem Ministerpräsidentenbeschluß zur "Beschäftigung Radiklaer im öffentlichen Dienst" an einer Neuauflage der Bismarck-Sozialistengesetze (wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie..) sich beteiligte und damit unbequemen Kritikern unserer Wirtschaftsordnung den Zugang zum öffentlichen Dienst verspernte. Weiter wurde die Militarisierung der BRD (Bundesgrenzschutz, Wehrkunde an den Schulen..) vorangetrieben; den CDU-Initiativen zu einer Verstärkung der 'Law and Order' Politik wurde im Mai '72 ebenfalls zugestimmt.

**SPIELPLÄTZE: EINE STATION AUF DEM WEG  
ZUM SOZIALISMUS ?**

Diese Vorgänge (neben anderen) blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Jungsozialisten in der SPD. Die einen passten sich mehr oder weniger der Mutterpartei an, wohl auch im Hinblick auf persönlichen Karrierismus, und versäumten es, im Rahmen der Wahlkämpfe eigenständig mit sozialistischen Forderungen aufzutreten. Andere gaben ihre Hoffnung völlig auf, verfielen durch die Desillusionierung über die Politik der Bundesregierung in Inaktivität und Frustration und versuchten, die Jusos in einen Diskussionszirkel frustrierter Intellektueller umzufunktionieren. Dies hatte zur Folge, daß in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften die Jungarbeiter eingeschüchtert wurden durch akademische Anführer, obwohl gerade sie (die Jungarbeiter) eine tragende Rolle einnehmen sollten. Weitere Gruppen sahen in einer Mitarbeit in Jusos und SPD keinen Sinn

mehr und spalteten sich in verschiedene stalinistische und maoistische Sekten ab, um sich dort vollends zu isolieren. Verschiedene Juso-AGs beschränkten (und beschränken) ihre Aktivität auf rein karitative, kommunalpolitische Unternehmungen, - wie Spielplatzaktionen - die ohne theoretische Grundlage und zur reinen Imageaufbesserung durchgeführt wurden, und kaum Jungarbeiter ansprechen konnten.

### 1972: ARBEITER STÄRKEN S P D .

Der Versuch, durch Geld und Überläufer im April 1972 die Regierung Brandt zu stürzen und die Offensive des Großkapitals zugunsten der CDU/CSU im November 1972 vermochten noch einmal alle Kräfte zu vereinigen, die Enttäuschungen der sozialliberalen Koalition vergessen zu machen und Willy Brandt im Bundeskanzleramt zu halten. Die Aktion Kanzlersturz im April 1972 führte dazu, daß in der Woche des Mißtrauensvotums spontane Kurzstreiks und Kundgebungen die Empörung der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck brachten, und die SPD rund 60.000 neue Mitglieder bekam. Mit der Novemberwahl machte die mobilisierte Arbeiterklasse in den Industriezentren die SPD zur stärksten politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland.

### 1973/74: ENDE DER SOZIALHARMONIE

Die Regierungspolitik läuft inzwischen weiter - die Unternehmerpartei - die FDP - dient als Garant für eine Politik, die jeden Millimeter Richtung Sozialismus verhindert; innerhalb der Jungsozialisten droht wiederum die Gefahr einer neuen Desillusionierung und zahlreicher Abspaltungen. Fälschlicherweise wird dies von der Spitze der Jusos heruntergespielt, obwohl bereits Hunderte - wenn nicht schon Tausende - zu SDAJ, "KPD" usw. Übergewechselt sind und enorme Verluste anstehen, wenn nicht gehandelt wird. Angesichts dieser Tatsache und dem Aufflammen inoffizieller Streiks als Ausdruck der wirtschaftlichen Lage ist innerhalb der Jungsozialisten eine große Unruhe ausgebrochen. Die Streiks zeigen, daß der proletarische Riese dabei ist, von seinem langen Schlaf aufzuwachen.

Als die Organisation der jungen Generation innerhalb der SPD, der Massenpartei der west- und ostdeutschen Arbeiterklasse, die große Chance, zur bestimmenden Kraft in den jetzt beginnenden Kämpfen zu werden. Dazu müssen jedoch als unbedingte Voraussetzung wichtige Punkte beachtet werden.

### DER EINZIGE WEG: MARXISTISCHE ANALYSE UND EIN SOZIALISTISCHES PROGRAMM !

Die Organisierung des Kampfes kann nur Früchte tragen auf der Grundlage eines klaren Programms, das sich an den von Karl Marx entwickelten Grundsätzen und deren Weiterentwicklung bis in die heutige Zeit ausrichtet. Worte Reden und marxistische Schriften nützen jedoch nichts, wenn nicht die täglichen Probleme der arbeitenden Bevölkerung aufgegriffen werden. Erst der Kampf um Reformen gegen den Widerstand des Großkapitals kann ein breites Publikum zu der Erkenntnis führen, daß die SPD-Politik der 'kleinen Schritte' unzulänglich ist und wirksame, dauerhafte Veränderungen innerhalb dieser westdeutschen Gesellschaftsordnung auf der Basis des Kapitalismus unmöglich sind. Die Jusos müssen praktische und theoretische Arbeit koppeln, minimale (tägliche) und maximale (den Sozialismus betreffende) Forderungen verbinden zu einem Übergangsprogramm, das der Mobilisierung der Arbeiterklasse Linie und Ziel verleihen kann.

Die Jusos müssen den modernen wissenschaftlichen Sozialismus als Theorie und Programm der Arbeiterbewegung erkennen und die Marx'sche Erkenntnis - "Von allen Klassen ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse" als Grundlage ihrer Arbeit sehen. Das alte Zitat "Ein Gespenst geht herum in Europa" wird wieder aktuell.

### SOZIALISMUS - NUR MIT DER ARBEITERKLASSE

Die große Nachkriegsperiode der Klassenharmonie neigt sich ihrem Ende zu. Die Ära der großen Stürme und Kämpfe bricht an. Die deutschen Jusos sind bereit auf dem Wege dazu, die Konflikte der Gesellschaft in der SPD auszutragen. Es ist von enormer Bedeutung, daß eine Analyse der Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg auf marxistischer Basis vorgenommen wird, als Grundlage für ein Übergangsprogramm.

# VORAN!

zur sozialistischen  
Demokratie!

Auf der Grundlage dieses Programms muß es gelingen, die fortgeschrittensten Arbeitnehmer, Angestellten und Jugendlichen zu gewinnen und die Überall aufblühenden kleinen Kämpfe zu einem großen Kampf zu vereinigen. Die Jungarbeiter sind eine frische Kraft, unbelastet von den Niederlagen der Vergangenheit. Sie müssen bei den Jungsozialisten in Zukunft die führende Rolle einnehmen.

VORAN ist überzeugt, daß die neue Generation der Arbeiter - ähnlich wie die deutsche Arbeiterbewegung im Verlauf der letzten hundert Jahre - in der Zukunft fähig und bereit dazu sein wird, unsere Gesellschaft in eine sozialistische Demokratie zu verändern, und gleichzeitig das Ungeheuer der DDR-Bürokratie wegzufegen. Die Jungsozialisten können nur auf dieser Weise zur prägenden, gestaltenden Kraft bei der Errichtung eines sozialistischen Arbeiterstaates in Deutschland werden. ■ -hg

\*\*\*\*\*

Hinweis: Ein Forderungskatalog für junge Arbeitnehmer erscheint in der nächsten Ausgabe von VORAN! in Februar 1974.

\*\*\*\*\*

"KLASSENGRENZEN ABBAUEN"..  
Fortsetzung von Seite 2.

ein Programm gewerkschaftlicher Kontrolle über die Preise; einer gleitenden Lohnskala gegen die Inflation; der Verstaatlichung der hundert größten Firmen mit nur den sozialen Leistungen angemessener Entschädigung; und eines durch die DGB-Ortskartelle koordinierten und ausgearbeiteten Produktionsplans.

Es steht im Grundsatzprogramm unserer Partei: \*  
"Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig." Wer würde heute unsere 'Ordnung' gesund nennen? Wir sind einverstanden, daß die Zeit gekommen ist, eine zweckmäßige und 'notwendige' Verstaatlichung der Riesen durchzuführen. Verteidigt unseren Lebensstandard! Nein zum Lohnverlust! ■ -kt

\*) Bad Godesberg, Eigentum und Macht, Absatz 12.

## SANTIAGO UND BONN forts.

Europa geht auf eine stürmische Periode zu. Der Marxismus und seine aktuelle Weiterentwicklung beinhalten die konzentrierte Erfahrung der Arbeiterklasse in ihrer reichen Kampfgeschichte. Wer nicht aus der Geschichte lernt, muß dieselben Erfahrungen wiederholen.

Die deutsche Arbeiterbewegung muß in ihrem Kampf für den Sozialismus von der Zusammenarbeit mit Feinden ihrer Klasse abkehren und die Massen der Arbeiter um ein klares sozialistisches Programm vereinigen.

- o SOLIDARITÄT MIT DER CHILENISCHEN ARBEITERBEWEGUNG!
- o KEINE BEZIEHUNGEN BRD-JUNTA! OFFENE TÜREN FÜR FLÜCHTLINGE!
- o SIEG FÜR DIE BEWAFFNETEN ARBEITER UND BAUERN!
- o FÜR EINE DEMOKRATISCHE ARBEITERRÄTEREPUBLIK CHILE! ■ -rs

Die Redaktion  
VORAN!  
1.12.73

\*\*\*\*\*

ALLE LESERBRIEFE, BERICHTE, KRITIK USW  
BITTE AN:

KENNWORT "VORAN!",  
46 DORTMUND, 1,  
Hauptpostlagernd.

Schreibt uns über Euer Arbeit, Euer Juso-Arbeitsgemeinschaft, Euer Gewerkschaft, Euer Vorstellungen über die Arbeit in der SPD!

\*\*\*\*\*